



Foto: <https://www.flickr.com/photos/truthout/4543285056/>, CC BY-NC-ND 2.0

Afghanistan

Die USA haben den Krieg verloren. Der US-Imperialismus wird sich nicht verändern.

Von Gilbert Achcar / 9. Oktober 2021

Die Vereinigten Staaten erlitten im Irak und in Afghanistan ernste Niederlagen, ebenso wie in Vietnam. Aber wir sollten Änderungen der US-Militärstrategie nach katastrophalen Fehlschlägen nicht mit einer Abkehr von den imperialistischen Zielen der USA verwechseln.

Voreilige Nachrufe?

Das Debakel der von den USA gestützten afghanischen Marionettenregierung hat zu unzähligen Nachrufen auf die imperiale Macht Amerikas inspiriert. Diese Nachrufe sind voreilig.

Die Antikriegsbewegung sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass mit dem Rückzug der USA aus Afghanistan die Ära der imperialistischen Kriegsführung der USA zu Ende gegangen sei. Was stattfindet, ist nichts anderes als ein Neustart und eine Aktualisierung der Lehren, die aus Vietnam gezogen wurden, um ein intelligenteres Management und eine höhere Kosteneffizienz der US-Militärendagements zu erreichen – es

geht nicht darum, von der globalen Dominanz der imperialen Macht der USA Abstand zu nehmen.

Die Niederlage der Vereinigten Staaten in Vietnam, die 1973 durch den Abzug der US-Truppen abgeschlossen wurde, führte zu einer grundlegenden Revision der Militärstrategie, die die Vereinigten Staaten auf die Kriege des digitalen Zeitalters vorbereitete. Die innenpolitischen Auswirkungen Vietnams waren enorm, insbesondere die massive Kriegsaversion, die sich unter der US-Bevölkerung, insbesondere der Jugend, entwickelte. Imperialistische Kriegstreiber nannten es „Vietnam-Syndrom“ und sahen eine Krankheit in der in Wahrheit sehr gesunden Vorsicht der Öffentlichkeit gegenüber der Neigung der Machtelite zum Auslösen imperialer Militäreinsätze.

Nach Vietnam war es dringend geboten, einen weiteren langwierigen Krieg zu vermeiden, der vor dem Hintergrund der Antikriegsmobilisierung im eigenen Land scheitern musste. Die Post-Vietnam-Strategie der Vereinigten Staaten wurde während der Jahre von Ronald Reagan und George H. W. Bush verfeinert, aber in der Zeit nach „9/11“ weitgehend ignoriert, so dass in George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“ viele der damaligen Fehler wiederholt wurden.

Jetzt signalisiert Joe Biden eine Rückkehr zur Post-Vietnam-Strategie. Das kann weniger Bodentruppen bedeuten, aber man sollte es nicht mit dem Ende der imperialen Aggression der USA verwechseln.

Die „Revolution in Military Affairs“ (RMA)

Die Post-Vietnam-Militärstrategie wurde von zwei Faktoren bestimmt: der Beendigung der Wehrpflicht im Jahr 1973 und der „Revolution in Military Affairs“ [„Revolution der Militärangelegenheiten“] während der Jahre von Reagan und Bush senior.

Das Ende der Wehrpflicht und der Übergang zu einer rein freiwilligen Berufsarmee bedeuteten einen massiven Personalabbau. Im Verhältnis zur amerikanischen Bevölkerung umfasst das aktive Personal heute weniger als die Hälfte desjenigen von 1973 (obwohl es sich nach China, Indien und Nordkorea immer noch um die viertgrößte Armee der Welt handelt). Ronald Reagan versuchte, die Verkleinerung des Militärs mit dem gewaltigsten Anstieg der Militärausgaben außerhalb von Kriegszeiten zu kompensieren, den die Vereinigten Staaten jemals erlebt haben. Während Reagans zweiter Amtszeit erreichten die Militärausgaben mit 7 Prozent des BIP ihren Höchststand. Das strategische Ziel dieser massiven Ausgaben war die Erforschung, Entwicklung und Produktion einer neuen Generation immer ausgeklügelterer Waffen, die die „Destruktivität“ der US-Waffen stark erhöhen sollten, um den Personalabbau der USA zu kompensieren.

Diese „Revolution in Military Affairs“ ging einher mit einer neuen Militärdoktrin, die in diesen Jahren ausgearbeitet wurde. Zu ihren wichtigsten Architekten gehörten Dick Cheney und Colin Powell, zwei Beamte in den Regierungen von Reagan und Bush sen., die später eine führende Rolle am Vorabend der Kriege nach dem 11. September spielen sollten. Der Kern der neuen Doktrin bestand darin, dass die Vereinigten Staaten die Art von schrittweisem Engagement vermeiden sollten, die als „Eskalation“ bezeichnet wird und sie in einem politisch kostspieligen, langwierigen Krieg in Vietnam gefesselt hatte. Stattdessen sollten zeitlich begrenzte Kriege nur aus einer Position „überwältigender Überlegenheit“ geführt werden, nachdem die

nötigen Kräfte in der Nähe des Einsatzortes aufgebaut waren. Dabei sollte die Zahl der Todesfälle unter US-Soldat*innen auf null reduziert werden, indem die Beteiligung von Truppen an Kämpfen vor Ort minimiert und stattdessen auf Fernkriegsführung zurückgegriffen wird, die nur notfalls von Bodenoperationen geringen Umfangs begleitet wird.

Der Krieg gegen den Irak 1991 als Reaktion auf dessen Invasion in das benachbarte Kuwait war der erste groß angelegte Krieg der Vereinigten Staaten seit Vietnam, durchgeführt exakt wie aus einem Lehrbuch der Post-Vietnam-Doktrin. Die USA warteten mehrere Monate, bis sie in der Nähe von Irak und Kuwait eine beeindruckende Militärmacht aufgebaut hatten. Dann starteten sie einen verheerenden Bombenkrieg, der nicht nur gegen irakische Truppen, sondern auch auf die zivile Infrastruktur des Iraks zielte – was zusammen mit dem schweren Embargo, das nach dem Krieg für zwölf Jahre gegen den Irak verhängt wurde, zu einer Zahl von Todesopfern völkermörderischen Ausmaßes führte (nach UN-Angaben eine Übersterblichkeit von neunzigtausend pro Jahr). Die Kämpfe selbst dauerten weniger als sechs Wochen.

Es ist amüsant, im Nachhinein Colin Powells Lob des Irakkriegs von 1991 zu lesen, wenn man an die schändliche Rolle denkt, die er später als Außenminister von George W. Bush bei der Rechtfertigung der Besetzung des Irak spielen sollte:

„Der Golfkrieg war ein Krieg mit begrenztem Ziel. Wäre er es nicht gewesen, würden wir heute Bagdad regieren – mit unverzeihlichen Kosten in Bezug auf Geld, Todesopfer und zerstörte regionale Beziehungen. ... Wir können die Behauptungen derjenigen prüfen, die gefragt haben, warum Präsident Bush unsere Truppen nicht nach Bagdad geschickt hat, nachdem wir die irakische Armee aus Kuwait vertrieben hatten ... Wäre es die unvermeidlichen Folgekosten wert gewesen: auf Jahre hinaus große Besatzungstruppen im Irak und ein sehr teures und komplexes amerikanisches Protektorat in Bagdad? Zum Glück für Amerika dachten vernünftige Leute damals: ‚das nicht!‘.“^[1]

Gelernte und vergessene Lektionen

Das strategische Erbe der Ära von Reagan und Bush sen. wurde unter George W. Bush völlig missachtet und rückgängig gemacht, paradoxerweise unter Beteiligung zweier seiner Architekten: Powell selbst und Cheney.

Die neue Regierung handelte bis zur Mitte der zweiten Amtszeit von George W. Bush im neokonservativ geprägten Geist des „Project for the New American Century“ [Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert], der kriegstreiberischen Denkfabrik, der die meisten prominenten Mitglieder der Regierung angehörten. Die Anschläge vom 11. September 2001 boten dieser Gruppe eine einmalige Gelegenheit, ihrer Hybris freien Lauf zu lassen.

Ihr Hauptziel war der Irak, in den Donald Rumsfeld als Verteidigungsminister gleich nach den Anschlägen einmarschieren wollte. Die Alternative, mit Afghanistan zu beginnen, die von Powell aus dem offensichtlichen politischen Grund verteidigt wurde, dass es die Basis von Al-Qaida war, setzte sich schließlich durch.

Die Gründe für den Großteil der Kriegsaktivitäten nach dem 11. September hatten wenig mit einem „Krieg gegen den Terror“ zu tun, der als Parole diente. Es war ein Krieg für ein neues amerikanisches Jahrhundert, ein Krieg für die Erweiterung und Festigung der imperialen Reichweite der USA.

Über die Zerschlagung des dortigen Al-Qaida-Stützpunkts hinaus war Afghanistan vor allem eine Chance, eine strategische Militärposition in Zentralasien zu erkämpfen. Ergänzt durch militärische Einrichtungen in den benachbarten ehemaligen Sowjetrepubliken lag sie günstig zwischen Russlands europäischem Kernland und China, den beiden potentiellen „Konkurrenten“, gegen die die US-Militärplanung nach dem Kalten Krieg entworfen worden war.

Im Falle des Iraks waren die Interessen weit offensichtlicher: ein Land mit riesigen Ölreserven im Herzen der begehrten Golfregion. Die Beherrschung der Region war nach dem Kalten Krieg eine Priorität Washingtons, sowohl wegen der strategischen Bedeutung der Kontrolle des Zugangs zu seinen Kohlenwasserstoffressourcen als auch wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der Sicherung der Umleitung seiner Petrodollars in den Kauf von US-Waffen und US-Staatsanleihen.

Die unterschiedlichen strategischen Interessen in Afghanistan und im Irak bestimmten zwei ganz unterschiedliche Arten von Krieg. Der Krieg in Afghanistan begann auf eine Weise, die noch den Lehren aus Vietnam zu entsprechen schien: Im Jahr 2002, dem ersten Jahr des US-Krieges in Afghanistan, waren nur 9700 US-Soldat*innen in diesem Land stationiert (sowie 4800 zusätzliche ausländische verbündete Truppen). Washington sicherte sich Stützpunkte und verließ sich hauptsächlich auf lokale Kämpfer der Nordallianz, um die Taliban vor Ort zu bekämpfen.

Die Vereinigten Staaten missachteten jedoch eine wichtige Lehre aus Vietnam und wandten sich dem Ziel des Staatsaufbaus zu. Dies führte unweigerlich zu einer „Eskalation“ bei dem Versuch, die Kontrolle über das Land durch die Marionettenregierung zu erlangen, die die Vereinigten Staaten in Kabul installiert hatten. Doch immer noch lag die Zahl der in Afghanistan stationierten US-Soldat*innen 2007, sechs Jahre nach Beginn der Operationen, bei unter 25 000.

Man vergleiche dies mit der Zahl der Truppen, die von Anfang an im Irak stationiert waren: fast 142 000 im Jahr 2003, ein Niveau, das bis zu Barack Obamas erstem Jahr als Präsident ungefähr gehalten wurde. Danach ging die Zahl zwei Jahre lang zurück bis zum vollständigen Abzug Ende 2011.

Tatsächlich war Washington kaum in der Lage, deutlich mehr Truppen in den Irak zu entsenden: Das Pentagon hatte Rumsfeld gewarnt, dass die Kontrolle über den Irak nicht weniger als die doppelte Zahl der im Jahr 2003 entsandten Truppen erfordern würde – eine Anstrengung, die die militärischen Fähigkeiten der USA gefährlich belastet hätte und über einen kurzen Zeitraum hinaus nicht tragfähig gewesen wäre. Aber die Stimmführer der Bush-Regierung hielten hartnäckig an der Ansicht fest, dass die US-Truppen von den meisten Irakern „als Befreier begrüßt“ werden würden.

Dieses extreme Maß an Selbsttäuschung und Wunschdenken führte sie dazu, die Besetzung des Iraks unter völliger Missachtung der Lehren aus Vietnam durchzuführen: Powells Beschreibung von 1992 über „auf

Jahre hinaus große Besatzungstruppen im Irak und ein sehr teures und komplexes amerikanisches Protektorat in Bagdad“ liest sich wie eine genaue Beschreibung dessen, was nach der Invasion 2003 geschah.

Der Irak verwandelte sich schnell in einen Sumpf für die US-Truppen. Die Aufständischen begannen mit zahlreichen Selbstmordanschlägen und bewegten sich hauptsächlich in einer sympathisierenden arabisch-sunnitischen Bevölkerung. Der Sumpf verwandelte sich 2006 in eine Katastrophe, als die US-Besatzungstruppen in einen konfessionellen Bürgerkrieg verwickelt wurden.

Das Scheitern im Irak war offensichtlich geworden und die herrschende Klasse der USA zog die Notbremse. Eine parteiübergreifende Kongresskommission entwickelte eine Ausstiegsstrategie, die auf einem radikalen Taktikwechsel beruhte, und Rumsfeld musste zurücktreten.

Die „Surge“ [Flutwelle], wie sie genannt wurde, bestand in einer vorübergehenden starken Aufstockung der US-Truppen (bis zu 157 800 im Jahr 2008), um Al-Qaida gemeinsam mit arabisch-sunnitischen Stämmen, deren Loyalität zu diesem Zweck erkaufte wurde, einen schweren Schlag zu versetzen. Da dies mit den religiösen Auseinandersetzungen zusammenfiel, wurden die US-Truppen nicht mehr als Begünstiger der arabisch-schiitischen Mehrheit, sondern als Schutzschild für die arabisch-sunnitische Minderheit wahrgenommen. Dies verstärkte nur den Druck der dominierenden, vom Iran unterstützten schiitischen Kräfte, die Präsenz der US-Truppen zu beenden. Obwohl sich die „Surge“ bei der Niederschlagung und Marginalisierung von Al-Qaida (die inzwischen in Islamischer Staat im Irak umbenannt wurde) als erfolgreich erwies, war es Washington nicht länger möglich, seine Kampfpräsenz in diesem Land aufrechtzuerhalten.

Bush schloss 2008 eine Vereinbarung mit der pro-iranischen irakischen Regierung (selbst das Ergebnis von Wahlen, die den Besatzern durch eine massive schiitische Mobilisierung im zweiten Besatzungsjahr aufgezwungen wurden): US-Truppen würden im folgenden Jahr die irakischen Städte und bis Ende 2011 das ganze Land verlassen. Stolz auf seinen Widerstand gegen die Besetzung des Iraks im Jahr 2003, erfüllte Obama diese Verpflichtung gerne. Aber es war unverkennbar: Die Vereinigten Staaten hatten eine neue schwere Niederlage erlitten.

Doppeldebakel in Afghanistan und im Irak

Die Niederlage der USA im Irak hatte enorme Folgen. Sie hat das „Vietnam-Syndrom“ kraftvoll wiederbelebt und die „Glaubwürdigkeit“ Washingtons massiv beeinträchtigt. Anstatt ihre Gegner abzuschrecken, hatten die Vereinigten Staaten sie sogar ermutigt, insbesondere im Nahen Osten: Der Iran weitete sein regionales militärisches Engagement nach 2011 massiv aus; der „Islamische Staat im Irak“ wurde zum „Islamischen Staat im Irak und Syrien“ (ISIS), hat sich in Syrien wieder aufgebaut und ist von dort aus 2014 in einen großen Teil des irakischen Territoriums eingedrungen; außerdem intervenierte Russland ab 2015 massiv in Syrien.

Im Vergleich dazu ist die Niederlage in Afghanistan weit weniger bedeutend, aber viel spektakulärer. Obama dachte, er könnte die Vereinigten Staaten mit einer Neuauflage der irakischen „Surge“ aus diesem Land

herauslösen. Er verdoppelte die Zahl der US-Truppen im ersten Jahr seiner Präsidentschaft auf 68 000 und brachte sie zwischen 2010 und 2011 auf einen Höchststand von 90 000. Anschließend senkte er sie von 60 000 im Jahr 2013 auf 29 000 im Jahr 2014, nachdem er 2013 entschieden hatte, dass US-Truppen keine Kampfhandlungen mehr durchführen und sich auf die Unterstützung der von den USA aufgebauten afghanischen Regierungstruppen beschränken sollten.

Parallel dazu nahm seine Regierung in Doha, der Hauptstadt von Katar, Gespräche mit den Taliban auf. Im darauffolgenden Jahr kündigte Obama einen Zeitplan für den Abzug der meisten US-Truppen bis Ende 2016 an. In den Jahren 2015 und 2016 befanden sich nicht mehr als 7000 US-Soldaten in Afghanistan.

Der Faktor, der das US-Militär 2014 in den Irak und nach Syrien zurückgebracht hat, ist der gleiche, der das US-Engagement in Afghanistan über das Jahr 2016 hinaus verlängerte: Der „Islamische Staat“, dessen zentralasiatischer Ableger, der „Islamische Staat – Provinz Khorasan“ (IS-K), in Afghanistan entstand. Mit der Tötung von Osama bin Laden im Jahr 2011 hatte Obama die „Mission des Krieges gegen den Terror“ als erfüllt gesehen, was einen Rückzug aus Afghanistan ohne Gesichtsverlust ermöglicht hätte. Aber das Aufflammen des IS-K hat diesen Plan zunichte gemacht.

Dies erklärt die ansonsten unverständliche Entscheidung von Donald Trump, die Zahl der US-Soldat*innen in Afghanistan trotz seiner „isolationistischen“ Rhetorik und wiederholten Versprechen zur Beendigung der laufenden US-Kriege in den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit auf 14 000 zu verdoppeln. Das war Trumps „Surge“ nach der Obamas, mit dem Ziel, die Bedingungen für einen endgültigen Truppenabzug zu schaffen. Anschließend reduzierte er 2019 die US-Truppenstärke auf 8500 und intensivierte die Doha-Gespräche mit den Taliban.

Nach Abschluss eines Abkommens mit ihnen im Februar 2020 senkte Trump die Zahl der US-Truppen weiter mit der Zusage, ihren Abzug bis zum 1. Mai 2021 abzuschließen. Im Rahmen dieser Vereinbarung zwang er die Kabuler Marionettenregierung, wie von den Taliban gefordert 5000 Gefangene freizulassen – ein wichtiger Schub für sie. Im November beschloss die scheidende Trump-Regierung, die US-Truppenstärke in Afghanistan am Vorabend der Übergabe des Weißen Hauses an Biden im Januar 2021 auf das absolute Minimum von nur noch 2500 zu reduzieren.

Inzwischen war der IS-K in Afghanistan zunehmend in den Fokus der US-Aufmerksamkeit gerückt. Als Trump drei Monate nach seinem Amtsantritt „die Mutter aller Bomben“ (die stärkste nicht-nukleare Bombe der USA) in Afghanistan abwarf, war sie nicht gegen die Taliban, sondern gegen den IS-K gerichtet. Afghanistan hatte sich zu einem „Krieg aller gegen alle“ à la Hobbes entwickelt, an dem drei Lager beteiligt waren: die von US-Streitkräften unterstützte Kabuler Regierung, die Taliban und der IS-K. In dieser absurden Situation führten die USA sogar Schläge zur Unterstützung des Kampfes der Taliban gegen den IS-K durch. Dies spiegelte sich in der jüngsten Anspielung des von Trump nominierten Vorsitzenden der „Joint Chiefs of Staff“ (Vereinigte Stabschefs), Mark Milley, auf die künftige Koordination zwischen den USA und den Taliban für Angriffe in Afghanistan gegen den IS-K oder ähnliche Gruppen wider.

Andererseits zeigte der allmähliche Rückzug der US-Truppen aus Afghanistan, dass die von den USA

aufgebauten afghanischen Streitkräfte den Taliban nicht gewachsen waren. Wie schon 1996, als sie erstmals die Macht übernahmen, fiel es den Taliban nicht schwer, ihren Puritanismus der Korruption ihrer Rivalen gegenüberzustellen. Zwischen 1992 und 1996 wurde Afghanistan von meist korrupten Warlords regiert, die damit beschäftigt waren, einander gegenseitig zu bekämpfen. Die Kabuler Regierung, mit deren Bildung die Bush-Regierung Hamid Karzai beauftragt hatte, war ebenfalls höchst korrupt und stand zudem unter ausländischer Aufsicht. Eine Regierung mit so wenig Ansehen kann Truppen nicht dazu motivieren, ihr Leben zu riskieren, um sie an der Macht zu halten.

Die Situation in Kabul nach dem Zusammenbruch der afghanischen Regierung wurde mit der von Saigon im Jahr 1975 verglichen, mit den berühmten Bildern der Evakuierung der US-Botschaft per Helikopter. Aber das südvietnamesische Marionettenregime hatte tatsächlich mehr eigene Wurzeln als die Kabuler Regierung, da es ein Regime fortsetzte, das schon vor der US-Intervention 1965 existierte. Das südvietnamesische Regime leistete nach dem Rückzug der USA aus Vietnam 1973 zwei Jahre lang Widerstand gegen eine gewaltige Volksarmee, die die Vereinigten Staaten mit mehr als einer halben Million Soldaten nicht bezwingen konnten – einen Feind, der zu diesem Zeitpunkt mehr ausländische Unterstützung hatte, als die Taliban jemals erfahren haben.

Die Situation, die dem Debakel der Kabuler Regierungstruppen am nächsten kam, war das Debakel der von den USA aufgebauten, ausgebildeten und bewaffneten irakischen Regierungstruppen gegenüber der ISIS-Offensive im Sommer 2014. Die Regierung Nouri al-Maliki im Irak nach Saddam Hussein war neben ihrem konfessionell einseitig schiitischen Charakter auch noch ebenso korrupt wie die in Kabul: Nicht nur arabisch-sunnitische Soldaten waren nicht bereit, ihr Leben im Kampf gegen den antischiitischen IS zu riskieren, sondern auch schiitische Soldaten wollten das ihre nicht unter einer korrupten Führung zur Verteidigung der sunnitischen Mehrheitsgebiete gegen den IS aufs Spiel setzen. Nichts ähnelt der jüngsten Parade der Taliban mit von den Streitkräften der Kabuler Regierung beschlagnahmter US-Ausrüstung mehr als die ISIS-Parade mit ähnlicher Ausrüstung, die 2014 von den vertriebenen irakischen Truppen erbeutet worden war.

Die Torheiten des US-Imperiums neu aufgelegt

Vor diesem Hintergrund hat Joe Biden beschlossen, die von seinem Vorgänger geschlossene Vereinbarung zu respektieren und die Frist nur um vier Monate bis Ende August zu verlängern. Er konnte seine Verachtung für Washingtons afghanische Verbündete nicht verbergen, denen er die ganze Schuld zuschob – ebenso wie seine implizite Verachtung für die Afghan*innen im Allgemeinen und seine Zurückhaltung gegenüber der Aussicht, mehr von ihnen in die Vereinigten Staaten aufnehmen zu sollen. Von Anfang an waren die afghanischen Frauen, die einst heuchlerisch als bequemer Vorwand für die Fortsetzung der US-Intervention in Afghanistan benutzt wurden, Opfer der Taliban ebenso wie der US-Regierung.

Aber Biden sprach die Wahrheit, als er in seiner Ansprache vom 31. August sagte: „Wir standen vor einer von zwei Möglichkeiten: Der Vereinbarung der vorherigen Regierung folgen und die Frist verlängern, um ... mehr Zeit zu haben, um die Menschen herauszuholen. Oder weitere Tausende von Soldat*innen entsenden und den Krieg eskalieren.“^[2] Dass er den mit Vietnam verknüpften Begriff „eskalieren“ verwendete, war kein Zufall. Bidens ganze Rede basierte auf den strategischen Lehren aus Vietnam. Die Torheiten der

Regierung von George W. Bush im Irak und in Afghanistan zeigten dem US-Imperium grausam, wie teuer es war, sie zu ignorieren.

Dies bringt uns zu einem letzten und entscheidenden Punkt: Die strategische Revision nach Vietnam hat nicht das Ziel, eine neue pazifistische Ära in der US-amerikanischen Weltpolitik einzuleiten. Sie war nur dazu gedacht, die imperialistischen US-Einsätze auf das militärisch effektivste und politisch am wenigsten kostspielige auszurichten.

Barack Obama hat sich in seinem sehr umfassenden Rückgriff[3] (viel mehr als George W. Bush) zur Distanz- bzw. Fernkriegsführung in Form von Drohnen an die Post-Vietnam-Regeln angepasst. Trump ging denselben Weg und obendrein machte er den Einsatz von Drohnen unberechenbarer. Bemerkenswert ist, dass sowohl Trump als auch Biden ihre Präsidentschaft mit Langstreckenraketenangriffen in Syrien begonnen haben, um ihre Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt aus der Ferne zu zeigen.

Dies ist tatsächlich das, was Biden in seiner oben zitierten Ansprache versprach: „Wir werden den Kampf gegen den Terrorismus in Afghanistan und anderen Ländern fortsetzen. Wir müssen dafür nur keinen Bodenkrieg führen. Wir verfügen über sogenannte ‚Over-the-Horizon‘-Fähigkeiten, was bedeutet, dass wir Terroristen und Ziele treffen können, ohne dass amerikanische Stiefel den Boden berühren müssen – oder notfalls nur sehr wenige.“

Mehr denn je werden die imperialen Aktionen der USA in Zukunft in Angriffen unterschiedlichen Ausmaßes bestehen, von individuellen Drohnen-Morden bis hin zu punktgenauen Raketen- oder Luftangriffen als regelmäßigem Muster, gepaart mit der permanenten Bereitschaft, mit „überwältigender Überlegenheit“ ein Land zu zerstören, wie der Irak 1991 zerstört wurde – ohne sich auf den Staatsaufbau einzulassen.

Mit dem wiederbelebten „Vietnam-Syndrom“ herrscht in der US-Öffentlichkeit und auch dem US-Militär[4] ein starkes Misstrauen gegenüber größeren Auslandseinsätzen. Aber es gibt viel weniger Aufmerksamkeit und Aktionen der Antikriegsbewegung, wenn es um die ständigen Massaker geht, die von den Vereinigten Staaten durch Drohnen und punktgenaue Angriffe verübt werden. Die Antikriegsbewegung muss solche Aktionen als das betrachten, was sie eindeutig sind: Kriegshandlungen – und gegen ihre Fortsetzung sowie gegen massivere imperialistische Militäreinsätze mobilisieren.

Übersetzung aus dem Englischen: Björn Mertens

Dieser Artikel ist zuerst am 4.9.2021 auf jacobinmag erschienen. Die Übersetzung und Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Zustimmung von Verlag und Redaktion der deutschen Ausgabe (<https://jacobin.de/>). Quelle: <https://www.jacobinmag.com/2021/09/afghanistan-iraq-war-vietnam-withdrawal-terror>, <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article7297>

[1] <https://www.foreignaffairs.com/articles/1992-12-01/us-forces-challenges-ahead>

[2]

<https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan/>

[3]

<https://foreignpolicy.com/2020/12/17/obamas-murderous-drone-legacy-will-haunt-the-biden-administration/>

[4] <https://www.jacobinmag.com/2021/08/antiwar-military-veterans-afghanistan-iraq-biden-troops>

Dieser Beitrag wurde publiziert am Samstag den 9. Oktober 2021 in der Kategorie: **Afghanistan, USA.**